

ENDSTATION RATHAUS

FÜR EINEN SANFTEN AUSSTIEG AUS DER U-BAHN

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift folgendes Bürgerbegehren:

Durchführung eines Bürgerentscheides zu der Fragestellung:

Ich stimme dafür, daß die Stadt Fürth die nachfolgenden Maßnahmen 1 bis 3 zur Beendigung des U-Bahn-Baus am Rathaus (Endstation Rathaus) und zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs durchführt:

- 1. Die Stadt Fürth ergreift alle erforderlichen und rechtlich zulässigen Maßnahmen, damit die U-Bahn in Fürth nur bis einschließlich der Station am Rathaus fertiggebaut und in Betrieb genommen wird.**

Insbesondere werden die weiterführenden Arbeiten und Planungen für alle weiteren Bauabschnitte (BA) sofort eingestellt (BA 2 Rathaus – Stadthalle / BA 3 Stadthalle – Hardhöhe). Davon ausgenommen ist die Fertigstellung der Straßenbaumaßnahmen einschließlich Maxbrücke. Die Baustellen sind zu beseitigen, soweit sie nicht einer anderweitigen Nutzung zuzuführen sind. Bereits geschlossene Verträge, die sich auf Bau oder Planung der

Bauabschnitte BA 2 Rathaus – Stadthalle / BA 3 Stadthalle – Hardhöhe beziehen, sind nach Gesetz oder auf dem Verhandlungswege zu lösen. Sollte mit einem Baustopp am Rathaus die Förderzusage des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zurückgezogen werden, wird sofort eine erneute Nutzen-Kosten-Analyse für diesen Bauabschnitt zur Erreichung der Fördervoraussetzungen durchgeführt.

- 2. Die Stadt Fürth erarbeitet ein verbessertes Busverkehrskonzept.**

Zielvorgaben sind insbesondere: Vermeidung von zusätzlichem Umsteigezwang gegenüber heute, Erhaltung der Innenstadt-Erschließung, Entschärfung von Belastungsschwerpunkten, bessere

Erschließung im ganzen Stadtgebiet ggf. durch zusätzliche Buslinien sowie Beschleunigung des Busverkehrs im gesamten Stadtgebiet.

- 3. Die Stadt Fürth beteiligt sich ernsthaft an regionalen Planungen von Stadtbahn- und Straßenbahnvorhaben.**

Insbesondere ist die Zusammenarbeit mit den umliegenden Städten und Landkreisen diesbezüglich zu verbessern mit dem Ziel eines regionalen Verkehrskonzeptes Stadtbahn/Straßenbahn. Die

Umwelt- und Verkehrsverbände vor Ort sind in die Entscheidungsfindung regelmäßig mit einzubeziehen.

Die Begründung finden Sie auf der Rückseite!

Sollten Teile des Begehrens unzulässig sein, so gilt meine Unterschrift den zulässigen Teilen. Mir ist bekannt, daß diese Unterschrift nur einmalig geleistet werden darf.

Die Belange des Bürgerbegehrens werden vertreten durch:

Burkhard Knauf, Steinfeldweg 3B, 90765 Fürth
Dagmar Orwen, Förstermühle 3, 90762 Fürth
Jörg Wolff, Amalienstraße 60, 90763 Fürth

Name	Vorname	Geburtsdatum	PLZ	Straße/Hausnummer	Unterschrift	Vermerk (für Wahlamt)
1			9076____ Fürth			
2			9076____ Fürth			
3			9076____ Fürth			
4			9076____ Fürth			
5			9076____ Fürth			
6			9076____ Fürth			
7			9076____ Fürth			
8			9076____ Fürth			
9			9076____ Fürth			
10			9076____ Fürth			

Bitte deutlich lesbar und mit vollständigen Angaben ausfüllen!

Begründung

Der sanfte Ausstieg aus der U-Bahn nimmt Rücksicht darauf, daß die Bauarbeiten zwischen Hauptbahnhof und Rathaus bereits weit fortgeschritten sind. Deshalb wird auf einen totalen Abbruch der Arbeiten verzichtet.

Aber ein Ausstieg wird gefordert, denn der Bau der U-Bahn übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Fürth. Pro Jahr würde bei einem Weiterbau zur Hardhöhe der zusätzliche Verlust der Verkehrsbetriebe mindestens 14 Mio DM betragen (Regierung von Mittelfranken 1994). Die Stadt hat den Stadtwerken diese Verluste auszugleichen, nicht umsonst durfte am 28. 6. 95 der Stadtrat entsprechend beschließen.

Zum Vergleich: um den Eigenanteil der neuen Stadelner Schule überhaupt finanzieren zu können, muß die Stadt heute Grundstücke für 11 Mio DM verkaufen. Bekanntlich sind noch mehr Schulhäuser marode.

Endstation Rathaus statt Endstation Stadthalle spart den Verkehrsbetrieben einen Verlust pro Jahr von 4 bis 5 Mio DM. Zum Vergleich: die U-Bahn in Fürth hatte 1993 ein Defizit von 4,1 Mio DM, der freie Kulturetat der Stadt (ohne Theater, Bücherei, Stadthalle und Musikschule) beträgt jährlich etwa 0,7 Millionen DM! Kultur geht auf Dauer nur mit Endstation Rathaus!

Die verkehrliche Bedeutung eines U-Bahn-Abschnittes Rathaus-Stadthalle ist gering und könnte nur zu Lasten der Fahrgäste des Fürther Busverkehrs verbessert werden: die von der Billiganlage kommenden Busbenutzer müßten am Schlachthof zum Umsteigen in die U-Bahn gezwungen werden!

Die Abwanderung von Kaufkraft wäre nicht zu vermeiden. Somit ist Endstation Rathaus auch eine notwendige Entscheidung zur Sicherung des Einzelhandels im Rathausumfeld und im Fürther Zentrum.

Im Gegensatz zum U-Bahn-Bau, der die Kosten pro Fahrgast in Fürth um mindestens 25% (Betrieb bis Hardhöhe) verteuern würde, können Maßnahmen zur Busbeschleunigung und Bevorrechtigung gewinnbringend sein. Beispiele aus München zeigen, daß die jährlichen Kostenersparnisse bis zu 10% der Investitionen betragen.

Intelligente Lösungen sind einfacher und billiger, die Stadtwerke Fürth haben es selbst bewiesen. Ihre Einführung des Kurzstreckentarifes kostet heute pro Jahr nur etwa 1 Mio DM zusätzlich. Dieser hat wesentlichen Anteil an der Steigerung der Zahl der Fahrgäste zwischen 1988 und 1995 um 25% – auch für die Busse! Mehr ist für das 510-Millionen-Projekt U-Hardhöhe auch nicht zu erwarten.

Eine kooperative, kreative und kontinuierliche Beteiligung an regionalen Projekten von Stadtbahn und Straßenbahn ist dringend nötig. Denn neben den Eisenbahnen, die ab 1996 mit dem Bayerntakt neue Chancen bieten, sind es Stadtbahnen und Straßenbahnen, die Attraktivität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Nahverkehrs verbessern können (zu deutlich günstigeren Kosten als die U-Bahn).

Städte wie Zürich zeigen dies. Es waren die Bürger der Stadt Zürich, die ihrer Politik zweimal per Bürgerentscheid eine U-Bahn verweigert haben. Heute ist man dankbar für die Weitsicht dieser Entscheidungen.

Hinweise zur Rückgabe der Unterschriftenlisten des Bürgerbegehrens:

1. Der Unterschriftenabschnitt darf NICHT vom darüberstehenden Text des Bürgerbegehrens getrennt werden.
2. Die Unterschriftenlisten können postalisch an den Verkehrsclub Deutschland VCD Fürth zurückgesendet werden.
3. Sie können die Unterschriftenlisten auch persönlich entweder in die VCD-Geschäftsstelle, Alexanderstraße 18, oder bei den Treffen der Bürgerinitiative „Endstation Rathaus“ zurückgeben. Die Termine können der Tagespresse entnommen werden.

Rückantwort an den

Verkehrsclub Deutschland
VCD Fürth
Postfach 1852

90708 Fürth